

niedersachsen *magazin*

Dezember 2017 ■ 79. Jahrgang

12

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Wir wünschen besinnliche Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2018

Seite 3 <

Abbau der Unter-
alimentierung
sofort erforderlich
– Konkrete Schritte
gefordert

Seite 2/3 <

Schäfer Zweiter
Vorsitzender des
dbb

Seite 6–8 <

Inhalte
Koalitionsvertrag



Absicherung im Fall einer höchstrichterlichen Entscheidung für alle offenen Anträge und Widersprüche

Initiative erfolgreich

In der letzten Ausgabe des niedersachsen magazin hatten wir darüber berichtet, dass das NLBV wegen der beim Oberverwaltungsgericht anhängigen Berufungsverfahren derzeit auf die Erteilung von Widerspruchsbescheiden verzichtet.

Das NLBV und das MF haben zwischenzeitlich unsere in der letzten Ausgabe angekündigte Initiative aufgegriffen.

Falls sich aus einer höchstrichterlichen Entscheidung mit Bindungswirkung für das Land Niedersachsen ergeben sollte, dass

die rückwirkend zum 1. September 2011 erfolgte Umstellung auf die Erfahrungsstufen-Systematik nicht dazu führte, Schadensersatzansprüche wegen Altersdiskriminierung zu beseitigen, werden sämtliche Widersprüche nach Maßgabe dieser Entscheidung behandelt. Da alle beim NLBV eingegangenen Schreiben als „offene Widersprüche“ behandelt werden,

wenn sie sich nach ihrem Inhalt gegen eine vermeintliche Altersdiskriminierung richten, werden solche gestellten „Anträge“ als Widersprüche ausgelegt und bearbeitet. Für sie gilt also die oben dargestellte Regelung ebenfalls.

Eine entsprechende Information ist auch auf der Website des NLBV zu finden. ■

dbb Gewerkschaftstag in Berlin

Friedhelm Schäfer ist Zweiter Vorsitzender des dbb

Beim dbb Gewerkschaftstag vom 19. bis 21. November 2017 in Berlin vertraten 15 stimmberechtigte Delegierte und vier Gastdelegierte den NBB.

Neben der Diskussion und Verabschiedung der über 700 Anträge – darunter 23 aus Niedersachsen –, die die Grundlage für die inhaltliche gewerkschaftliche Arbeit des dbb für die kommenden fünf Jahre bilden, standen Satzungsänderungen und die Wahl der neuen Bundesleitung im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Wahl der neuen Bundesleitung

Um das Amt des Bundesvorsitzenden des dbb bewarben sich zwei Kandidaten. Dies waren der bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach (56 Jahre alt) und der 58-jährige Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft.

Unsere Gratulation gilt dem gewählten neuen Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und seinem neuen Team.

Diesem Team gehören der hauptamtliche Zweite Vorsit-

zende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, (DSTG und bisheriger Vorsitzender des NBB) und der stellvertretende Vorsitzende und hauptamtliche Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer (DPVKOM), an. Volker Geyer ist damit auch Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission.

Bestätigt als ehrenamtliche Stellvertreter/-innen wurden die niedersächsische Polizistin und SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann (DPoLG), Astrid Hollmann (VRRF), Thomas Eigenthaler (DSTG) und Claus Weselsky (GDL). Neu gewählt wurden als ehrenamtliche Stellvertreter Jürgen Böhm (VDR) und Maik Wagner (GdS).

Öffentliche Veranstaltung

Die Bundesregierung wurde vertreten durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Arbeit und Soziales (kommissarisch), Katarina Barley (SPD). Sie

skizzierte unter anderem, welche Folgen die Digitalisierung für den öffentlichen Dienst hat. Dabei betonte sie ausdrücklich, dass es Aufgabe der Politik sei, entsprechende Voraussetzungen für die Beschäftigten zu schaffen.

Der amtierende Bundesratspräsident, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), wies in seiner Ansprache darauf hin, dass die Bürger eine funktionierende Verwaltung erwarten und auch insofern eine angemessene Ausstattung des öffentlichen Dienstes erfolgen muss. Weitere Grußworte sprachen die Bundestagsvizepräsidentin Petra

Pau (Die Linke) und Beate Müller-Gemmeke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der neu gewählte dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat in seiner ersten Grundsatzerede von der Politik, auch für den öffentlichen Dienst, vor allem mehr Mut und Reformwillen gefordert.

Weitere Berichterstattung im dbb magazin

Ergänzend zu diesem Bericht verweisen wir auf die umfangreiche Berichterstattung auf der dbb Internetseite und im dbb magazin Dezember 2017. ■

Achim Henke kommissarischer Vorsitzender

Nachwahl am 22. Februar 2018

Nachdem Friedhelm Schäfer vor Annahme der Wahl als Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik aus satzungsrechtlichen Gründen von seinem Amt als NBB-Landesvorsitzender zurücktreten musste, ist Achim Henke bis zur Neuwahl einer/eines Landesvorsitzenden kommissarischer Vorsitzender des NBB.

Diese Nachwahl und eine gegebenenfalls erforderliche Nachwahl eines/einer stellvertretenden Landesvorsitzenden ist für die Sitzung des Landeshauptvorstandes am 22. Februar 2018 vorgesehen.



Kein weiteres Vertrösten – NBB fordert Wertschätzung Konkrete Schritte zum Abbau der Unteralimentierung sofort erforderlich

Der kommissarische NBB-Landesvorsitzende Achim Henke hat die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen aufgefordert, sofort konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Unteralimentierung, die im Wesentlichen auf der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld im Jahr 2005 beruhe, abzubauen. Passiere nichts, müsste der NBB feststellen, dass die Festlegungen im Koalitionsvertrag nicht mehr als nette Worte seien. Von solchen könnten sich die Kolleginnen und Kollegen aber nichts kaufen.

Er ergänzte, dass ein weiteres Warten auf Gerichtsentscheidungen in den NBB-Musterverfahren, welche beim Bun-

desverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht anhängig seien, für das Land als Arbeitgeber insbesondere mit Blick auf die glänzende Haushaltslage indiskutabel sei. Die Kolleginnen und Kollegen seien es leid, seit nun zwölf Jahren auf den Ausgang der Verfahren des NBB vertröstet zu werden. Gerade zu Weihnachten seien die Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen besonders massiv und deutlich.

Er erklärte weiter, der neuen Landesregierung stünde es gut

zu Gesicht, noch in diesem Jahr ein klares Signal an die beamteten Beschäftigten zu senden. Andernfalls sei der Passus des Koalitionsvertrages, in dem es heiße, dass die Arbeit der Beamtinnen und Beamten anerkannt werden müsse und attraktiv bleiben solle, reine Makulatur.

Das Land sei zudem gut beraten, endlich mit dem NBB in einen politischen Dialog über Lösungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel ein Stufenmodell, einzutreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 20. November 2017 habe ich nach meiner Wahl zum Zweiten Vorsitzenden des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik meinen Rücktritt vom Amt als Landesvorsitzender des NBB erklären müssen. Dieses war zwingend erforderlich, um die Wahl annehmen zu können.



> Friedhelm Schäfer

Ich hatte zwar seit der Entscheidung zu einer Kandidatur lange Zeit, mich mit diesem Moment zu beschäftigen, aber bei einer erwarteten Gegenkandidatur war es gleichwohl bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses eine sehr theoretische Befassung.

Es war für mich nach über 16 Jahren im Amt als Landesvorsitzender kein Schritt, den man mal eben so vollzieht, sondern eine sehr emotionale Angelegenheit, weil ich sehr gerne in diesem Amt zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsgewerkschaften des NBB gearbeitet habe. Aber auch, weil ich mir bewusst darüber war, langjährige Wegbegleiter/-innen und Gesprächspartner/-innen aus NBB, Landespolitik und Landesverwaltung eher seltener zu sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will diese letzte Gelegenheit, mich an dieser Stelle des niedersachsen magazin zu äußern, auch nutzen, um mich bei all denen zu bedanken, die

mich in diesen vielen Jahren bei der Erledigung meiner Aufgaben unterstützt haben. Sei es durch aktive Mitarbeit, durch den Willen mit mir in einem kritisch konstruktiven Dialog nach Lösungen zu suchen oder mir auch einfach nur den „Rücken freizuhalten oder zu stärken“. Ein besonderer Dank geht an die Leiterin und die Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle für ihre langjährige und verlässliche Zusammenarbeit mit mir zum Wohle des NBB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass sich wie bisher ein gut aufgestellter, starker und einflussreicher NBB auch künftig für Ihre Interessen einsetzen wird. Den für die personelle Neuaufstellung Verantwortlichen wünsche ich die dazu erforderliche Weitsicht zum ausschließlichen Wohle des NBB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir jetzt bleibt, ist, auf Wiedersehen zu sagen. Ich mache dieses mit einem letzten Zitat:

*„Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“
(Molière, 1622–1673, französischer Schauspieler und Dramatiker)*

Ihr

<p>Impressum Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Telefon: 0511.3539883-0. Telefax: 0511.3539883-6. E-Mail: post@nbb.dbb.de. Internet: www.nbb.dbb.de. Bankverbindung: BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. Redaktion: Sabine Köhler, Joachim Henke (komm. Landesvorsitzender), Linde Schlombs. Verantwortlich für den Inhalt: Sabine Köhler, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar. Verlag: dbb verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.</p>	<p>Titelfoto: © Anna Bogush / Fotolia Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: Dominik Allartz. Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 22, gültig ab 1.10.2017. Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.</p>
---	---



Ministerpräsident am 22. November gewählt Neue Landesregierung im Amt

Nach intensiven Sondierungen und sich anschließenden Koalitionsverhandlungen haben CDU und SPD nach den notwendigen Beschlüssen der jeweils zuständigen Parteiorgane am 21. November 2017 die Koalitionsvereinbarung unterschrieben.

Am 22. November 2017 wurde Stephan Weil vom Niedersächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt; im Anschluss berief er die übrigen Mitglieder der Landesregierung. Der Landtag erteilte die Bestätigung der neuen Landesregierung entsprechend der Vorgabe in der Niedersächsischen Verfassung.

Auch von dieser Stelle möchten wir dem alten und neuen Ministerpräsidenten zu seiner Wahl und den Ministerinnen und Ministern zu ihren Berufungen unsere Glückwünsche aussprechen.

Nachfolgend stellen wir die Mitglieder der Landesregierung kurz vor.



© StK/Henning Scheffern

Stephan Weil (SPD)

Niedersächsischer Ministerpräsident

Alter: 58 Jahre

Werdegang: Abitur, Jurastudium, Tätigkeit als Rechtsanwalt, danach als Richter und Staatsanwalt sowie beim Niedersächsischen Justizministerium, 1997–2006 Stadtkämmerer der Stadt Hannover.

Parteimandate: seit 2012 Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen.

Politische Mandate: 2006–2013 Oberbürgermeister der Stadt Hannover, seit 2013 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, seit 2013 Niedersächsischer Ministerpräsident.



© Niedersächsische Staatskanzlei

Dr. Bernd Althusmann (CDU)

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie stellvertretender Ministerpräsident

Alter: 50 Jahre

Werdegang: Abitur, Offizier der Bundeswehr, Studium der Betriebswirtschaft, Abschluss als Diplom-Pädagoge und Diplom-Betriebswirt, Promotion, 2013–2016 Leiter der Landesvertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia, 2016–2017 Partner einer Personalberatungsfirma.

Parteimandate: seit 2016 Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen.

Politische Mandate: unter anderem 1994–2009 und seit 2017 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, 2003–2009 Parlamentarischer Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion, 2009–2010 Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, 2010–2013 Niedersächsischer Kultusminister, daneben langjährige kommunalpolitische Tätigkeit in Orts- und Stadtrat sowie im Kreistag.



© Boris Pistorius

Boris Pistorius (SPD)

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Alter: 57 Jahre

Werdegang: Abitur, Lehre zum Groß- und Außenhandelskaufmann, Studium der Rechtswissenschaften, Abschluss 2. Staatsexamen, kurze Tätigkeit als Rechtsanwalt, 1991–2006 Eintritt in die Niedersächsische Landesverwaltung, tätig unter anderem für den Niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski, Leiter verschiedener Dezernate und Abteilungsleiter bei der Bezirksregierung Weser-Ems.

Politische Mandate: 1996–2013 Ratsmitglied der Stadt Osnabrück, 2006–2013 Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück, seit 2013 Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport, seit 2017 Mitglied im Niedersächsischen Landtag.



© Philipp von Dittfurth

Dr. Carola Reimann (SPD)

Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Alter: 50 Jahre

Werdegang: Abitur, Studium der Biotechnologie, Diplom und Promotion, Tätigkeiten als Wissenschaftliche Hilfskraft, Referentin für Public Health und Projektleiterin.

Parteimandate: unter anderem seit 2008 Mitglied des Landesvorstandes der SPD Niedersachsen.

Politische Mandate: 2003–2017 Mitglied im Deutschen Bundestag, dort unter anderem 2009–2013 Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, 2013–2017 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.



© Niedersächsische Staatskanzlei/ Philipp von Dittfurth

Barbara Havliza (CDU)

Niedersächsische Justizministerin

Alter: 59 Jahre

Werdegang: Abitur, Studium der Rechtswissenschaften, Tätigkeit als Rechtsanwältin, Richterin und Staatsanwältin, 1992–2006 Richterin beziehungsweise Vorsitzende Richterin am Landgericht Osnabrück, 2007 Direktorin des Amtsgerichts Bersenbrück, seit November 2007 Richterin beziehungsweise Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf.



© Armin Frießing

Reinhold Hilbers (CDU)

Niedersächsischer Finanzminister

Alter: 53 Jahre

Werdegang: Realschulabschluss, Ausbildung zum Groß- und Einzelhandelskaufmann, Fachhochschulreife Wirtschaft, Studium der Betriebswirtschaft, Abschluss als Diplom-Kaufmann, Tätigkeiten unter anderem bei der Volksbank Lingen und Verwaltungsleiter der Lebenshilfe Nordhorn.

Parteimandate: seit 2014 stellvertretender CDU-Landesvorsitzender.

Politische Mandate: unter anderem seit 2003 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, 2013–2017 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, seit 1991 Mitglied im Kreistag Landkreis Graftschaft Bentheim und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.



© Niedersächsische Landesregierung

Grant Hendrik Tonne (SPD)

Niedersächsischer Kultusminister

Alter: 41 Jahre

Werdegang: Abitur, Studium der Rechtswissenschaften, Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Bremen, Selbstständiger Rechtsanwalt.

Politische Mandate: unter anderem 2008–2017 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, 2013–2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, seit 1996 Ratsherr der Gemeinde Leese, seit 2001 Kreistagsabgeordneter im Landkreis Nienburg, seit 2006 Bürgermeister der Gemeinde Leese.



© Philipp von Dittfurth

Barbara Otte-Kienast (CDU)

Niedersächsischer Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Alter: 53 Jahre

Werdegang: Realschulabschluss, Ausbildung zur Ländlichen Hauswirtschafterin, anschließend Fachschule Ländliche Hauswirtschaft mit Abschluss Staatlich geprüfte Hauswirtschaftsleiterin, Tätigkeit als Hauswirtschaftsleiterin, ab 1992 Mitarbeit und Ausbaus eines landwirtschaftlichen Betriebes, seit 2014 Vorsitzende des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Hannover.

Politische Mandate: unter anderem stellvertretende Ortsbürgermeisterin, seit 2004 Mitglied im Kreistag Hameln-Pyrmont, seit 2017 Mitglied im Stadtrat Bad Münder.



© Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Olaf Lies (SPD)

Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Alter: 50 Jahre

Werdegang: Abitur, Studium der Elektrotechnik mit Abschluss Diplom-Ingenieur, Tätigkeit als Entwicklungsingenieur, bis 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven.

Parteimandate: unter anderem 2010–2012 Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen, seit 2012 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen.

Politische Mandate: unter anderem seit 2006 Mitglied im Kreistag Friesland, seit 2008 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, 2010–2012 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im niedersächsischen Landtag, 2013–2017 Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.



© Niedersächsische Staatskanzlei

Björn Thümler (CDU)

Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

Alter: 47 Jahre

Werdegang: Abitur, Studium der Politikwissenschaften,

Tätigkeiten als Mitarbeiter im Wahlkreisbüro und wissenschaftlicher Mitarbeiter verschiedene Bundestagsabgeordneter.

Parteimandate: seit 2003 stellvertretender Landesvorsitzender CDU-Landesverband Oldenburg.

Politische Mandate: unter anderem seit 2003 Mitglied im Niedersächsischen Landtag, 2008–2010 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 2009–2010 zusätzlich Parlamentarischer Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion, 2010–2017 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



© Niedersächsische Staatskanzlei

Birgit Honé (SPD)

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Alter: 57 Jahre

Werdegang: Abitur, juristisches Staatsexamen mit Befähigung zum Richteramt, 1990–2003 Tätigkeiten in der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Leiterin Ministerbüro des Sozialministers, Abteilungsleiterin in der Niedersächsischen Staatskanzlei, Regierungspräsidentin in Lüneburg, 2004–2013 Senatsmitglied beim Niedersächsischen Landesrechnungshof, 2013–2017 Staatssekretärin in der Niedersächsischen Staatskanzlei.



Auszugsweise Darstellung

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD

Der Koalitionsvertrag wurde am 21. November 2017 von SPD und CDU unterzeichnet.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung, die die Gesamtheit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen direkt oder indirekt betreffen. Unabhängig davon beinhaltet die Vereinbarung Passagen zu einzelnen Verwaltungsbereichen, zu denen wir an dieser Stelle keine Hinweise geben.

■ **Verwaltung und regionale Entwicklung**

Um Innovation, Wachstum und Wohlstand zu fördern, braucht Niedersachsen eine moderne Verwaltung, die bürgernah und effizient arbeitet, Wachstumskräfte in der Fläche unterstützt und die Chancen der Digitalisierung nutzt. Leitbild ist eine Organisation, die Bewährtes erhält und sich auf künftige Herausforderungen einstellt und bei Veränderungen auf Dialog, Kooperation und Initiativen vor Ort setzt. Eine strategische Personalentwicklung und mehr Ressourcen für die Ausbildung halten den öffentlichen Dienst in Niedersachsen attraktiv. Zugleich wollen SPD und CDU die staatliche Verwaltungsstruktur verschlanken und vor allem in der Fläche leistungsfähiger aufstellen.

a) Personalentwicklung

Ausreichendes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal des Landes und der Kommunen ist die wichtigste Ressource der Verwaltung. Wir werden deshalb die Weichen für einen attraktiven öffentlichen Dienst stellen, damit wir im Wettbewerb um talentierte Nachwuchskräfte genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen.

Zugleich wollen SPD und CDU die Anstrengungen verstärken, um im Bereich der Fort- und

Weiterbildung unseren Beschäftigten eine gute Perspektive bieten zu können.

Es wird eine Personalentwicklungsstrategie für die gesamte Landesverwaltung aufgestellt und ein Demografiepool eingerichtet. Ziel ist, dass die Beschäftigten und die Beamtinnen und Beamten eine möglichst vielfältige Einsatz- und Verwendungsbreite auf allen Ebenen kennenlernen.

Wir wollen moderne Arbeitszeitmodelle entwickeln, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Familie und Pflege steigern und das Gesundheitsmanagement ausbauen. Wir wollen mit einem Programm die Attraktivität der Landesverwaltung erhöhen.

Um Verwaltungspersonal zu qualifizieren, hat das Studieninstitut in Bad Münde eine zentrale Rolle. Wir wollen die Kooperation mit der Fachhochschule Osnabrück und der kommunalen Hochschule bei der Ausbildung für den ehemaligen gehobenen Dienst ausbauen. Zusätzlich wollen wir wieder eine eigene Verwaltungshochschule des Landes für die Ausbildung zum ehemaligen gehobenen Dienst errichten. Essenzieller Bestandteil der Aus- und Fortbildung an dieser Einrichtung soll das Thema Digitalisierung sein.

Parallel zur Einrichtung des neuen Verwaltungsstudiengangs

Verwaltungsinformatik werden wir die Bemühungen zur Personalgewinnung verstärken. Es muss ausreichend qualifiziertes IT-Fachpersonal für die Landesverwaltung gewonnen und gehalten werden.

b) Weiterentwicklung der staatlichen Verwaltungsstrukturen

Niedersachsen verfügt über eine leistungsfähige Landesverwaltung. Mit Blick auf die demografischen Herausforderungen, die Erfordernisse sich wandelnder Marktbedingungen unserer vor Ort verankerten Unternehmen und auf unser Ziel, nachhaltig Wohlstand und Wachstum zu sichern, sowie auf das sich ändernde Kommunikationsverhalten der Bürgerinnen und Bürger, will die Koalition die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung dauerhaft sichern.

Eine moderne Verwaltung muss komplexe Genehmigungsverfahren und Projekte erfolgreich managen, um Impulse für künftige Wachstumspotenziale in allen Landesteilen zu setzen. Wir wollen die Potenziale der Informationstechnologien nutzen, um mit einem leistungsstarken E-Government mehr Bürgerbeteiligung zu schaffen. SPD und CDU wollen die vorhandenen Personalpotenziale und Fachkenntnisse bestmöglich nutzen, um Synergien und Effizienz zu erzeugen.

■ **Regierungskommission**

Eine Regierungskommission wird beauftragt, zeitnah unsere Verwaltung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise einer Revision zu unterziehen und Vorschläge zu ihrer Vereinfachung und Optimierung zu erarbeiten.

Ziel muss es sein, Kundenorientierung und Transparenz auszubauen, Effektivität und Wirt-

schaftlichkeit zu erhöhen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, klare Zuständigkeiten zu sichern, organisatorische Schnittstellen zu reduzieren und Synergien zu schaffen.

Im Interesse der Wirtschaft und Kommunen wollen wir raumübergreifende Großgenehmigungsverfahren in einer Hand zusammenführen und effektiv gestalten. Die Verwaltungsstrukturen wollen wir prozessorientiert auf die Digitalisierung aller Arbeitsbereiche ausrichten und neue Arbeitsmodelle ermöglichen.

Die Kommission begleitet auch die Arbeit der Modellkommunen, in denen Möglichkeiten einer dauerhaften Kommunalisierung ihnen übertragener Aufgaben beziehungsweise die medienbruchfreie Umsetzung einer digitalen Kommunalverwaltung erprobt werden. ...

■ **Digitalisierung – E-Government**

a) Grundsätzliches

Die Digitalisierung ist auch für die Verwaltung Herausforderung und Chance zugleich. SPD und CDU werden entsprechende Initiativen ergreifen, um sie in der kommenden Legislaturperiode zukunftsfest aufzustellen. Dazu gehört unter anderem, auskömmlich Geld und Personal zur Verfügung zu stellen und die Strategien zu bündeln. Dabei werden wir die regionalen Besonderheiten des Flächenlandes Niedersachsen berücksichtigen. Der schnelle Breitbandausbau, den wir vorantreiben werden, ist die Voraussetzung für das Gelingen der Verwaltungsmodernisierung.

b) Sicherheit, E-Governmentgesetz und IT

Die Landesregierung wird noch im ersten Halbjahr 2018 den



Entwurf eines IT-Sicherheits- und E-Governmentgesetzes in den Landtag einbringen. Sein Ziel ist der Ausbau des Bürgerportals des Landes. Bestandteile sind auch die Umsetzung medienbruchfreier Geschäftsprozesse, die E-Akte sowie die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Einsatz einer geeigneten Sensorik zur Abwehr von Angriffen auf die IT-Infrastruktur des Landes von innen und außen.

Die Informationssicherheit zu gewährleisten, ist eine Aufgabe für alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung. ...

Die Landesregierung wird die Konsolidierung der IT-Landschaft fortsetzen. Es ist sinnvoll, einen zentral administrierten Client-Betrieb für das gleiche Betriebssystem im Zielzustand nicht mehrfach in der Landesverwaltung vorzuhalten. Um eine höhere Wirtschaftlichkeit zu erzielen und den Bedarf an Fachkräften zu minimieren, sind daher die IT-Services für die Landesverwaltung möglichst weitgehend zu bündeln. Die zentrale Rolle hierbei kommt dem Landesbetrieb IT.N zu.

Neben sicheren Transportwegen und sicheren Clients bedarf es eines modernen Hochsicherheitsrechenzentrums zur Verarbeitung schutzwürdiger öffentlicher Daten. Alle Landesdienststellen, aber auch alle kommunalen IT-Dienstleister und alle Kommunen sollen auf ein wirtschaftliches und sicheres Leistungsangebot zugreifen können. Der gemeinschaftliche Betrieb des neuen Rechenzentrums erfolgt in einer Rechtsform, die allen Kommunen und kommunalen IT-Dienstleistern offensteht. Diese sollen die Möglichkeit haben, in Form einer „Niedersachsen-Cloud“ ihre Datenhaltung in das neue Rechenzentrum zu verlagern. ...

c) Modellkommunen

Die Umsetzung einer digitalen Landes- und Kommunalverwaltung mit medienbruchfreien

Geschäftsprozessen wird Land und Kommunen in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen. Um diesen Prozess zu unterstützen, werden SPD und CDU ein bis drei Modellkommunen und ein Modellministerium auswählen und entsprechend fördern, um Blaupausen für die Umsetzung der E-Verwaltung zu erhalten.

d) Datenraum

Um die Nutzung von Onlinezugängen über die Verwaltungsportale von Bund und Land für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu erleichtern, wollen wir die Einrichtung von Datenräumen prüfen, in denen alle für die Abwicklung der Verwaltungsprozesse verfügbaren Bürger- und Unternehmensdaten zusammengefasst werden und dort abgerufen werden können. ...

■ Finanzen

Grundsätzliches

SPD und CDU wollen einen handlungsfähigen Staat, der die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, den Rechtsstaat mit rechtssicherem Verwaltungshandeln garantiert sowie gute Bildung, exzellente Wissenschaft und Forschung, eine vielfältige Kultur, eine gute Infrastruktur und die Daseinsvorsorge sicherstellt.

■ Schuldenbremse

In der kommenden Legislaturperiode werden SPD und CDU keine neuen Schulden machen. Die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes sind für uns verbindlich. Wir werden sie und Regelungen dazu in der Niedersächsischen Verfassung verankern. Die grundgesetzlich eröffnete Möglichkeit, landesgesetzliche Regelungen zu schaffen, um auf konjunkturelle Schwankungen, Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen reagieren zu können, werden wir nutzen. Umgehungen oder Ausnahmen

der Vorgaben des Grundgesetzes, die faktisch oder rechtlich zu neuen strukturellen Schulden führen, lehnen wir ab.

Neben dem Abbau des Investitionsstaus streben wir den Einstieg in die Tilgung von Altschulden in dieser Legislaturperiode an. ...

■ Öffentlicher Dienst

Wir benötigen einen motivierten, bürgerfreundlichen und gut ausgebildeten öffentlichen Dienst. SPD und CDU bekennen sich zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Die Arbeit der Beamtinnen und Beamten muss anerkannt werden und attraktiv bleiben. Die Besoldung und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten muss stets angemessen sein. Ihre Besoldung muss der aktuellen Einkommensentwicklung anderer Berufsgruppen entsprechen. Hierzu gehört insbesondere die Beachtung der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst.

Wir streben an, die Versorgungsrücklage (Pensionsfonds) wieder regelmäßig aufzufüllen.

Wir werden eine langfristige und zukunftsorientierte Personalstrategie für Ministerien und Behörden erarbeiten, um den Beamtinnen und Beamten sowie den Tarifbeschäftigten Zukunftschancen aufzuzeigen. Wo es die zunehmende Komplexität der Verwaltungsaufgaben erfordert, werden wir Fachlaufbahnen einführen. Künftig werden in vielen Bereichen, insbesondere in der Informationstechnologie und bei der Polizei, Spezialistinnen und Spezialisten benötigt, die keine Führungs-, sondern Fachkarrieren anstreben.

■ Sondervermögen

Die erwarteten Steuermehreinnahmen des Jahres 2017 sollen genutzt werden, um damit ein neues Sondervermögen „Digitalisierung“ zu dotieren. Auf diesem Wege sollen dringend

erforderliche Investitionen in die digitale Infrastruktur des Landes überjährig abgesichert werden. Hierzu zählen unter anderem Programme zum Breitbandausbau und dem 5G-Mobilfunknetz sowie Investitionen in die IT-Struktur der Landesverwaltung. ...

■ Erste Einschätzung

Im Rahmen einer ersten Einschätzung begrüßen wir das Bekenntnis von CDU und SPD zum Berufsbeamtentum. Wir erwarten in diesem Zusammenhang in der Folge, dass politischen Bestrebungen auf der Bundesebene zur Einführung einer Bürgerversicherung von Niedersachsen entschieden entgegengetreten wird.

Mehr als bedauerlich ist es, dass der Koalitionsvertrag auch künftig jegliche Perspektive für unsere Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger/-innen auf einen Abbau des Einkommensrückstandes, der insbesondere durch die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld entstanden ist, vermissen lässt.

Wir erwarten zudem, eine von Beginn an greifende, frühzeitige und umfassende Einbindung des NBB als gewerkschaftliche Spitzenorganisation in die Arbeit der geplanten Regierungskommission. Gleiches gilt für die jeweiligen Personalräte im Rahmen ihrer Beteiligungsrechte nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz.

Eine ebenso intensive Einbindung des NBB erwarten wir in allen Fragen der Verwaltungsmodernisierung sowie der Digitalisierung. ■

ERHOLUNG UND URLAUB

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de